Nr. 6 — Jahrgang 1918 Donnerstag, 21. November 1918 Preis 10 Pfg.

Die Rote Fahne

Zentralorgan des Spartacusbundes

Redaktion und Expedition: SW. 11, Königgrätzer Straße 40/41
Fernsprecher: Amt Lützow 4318 und 4814

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementspreis monatlich 1.50 M.
Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareille-Zeile 75 Pf.,
im Reklameteil 3.00 M.
Kleine Anzeigen Nebenschriftzeile 30 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

Kiel in Deutschland voran.

Beschlüsse des Kieler A.- und S.-Rats.

Aus Kiel wird uns vom 20. November telegraphiert: Der Große Kieler A.- und S.-Rat faßte heute folgende grundlegende Beschlüsse: erstens, die politische Macht ruht in den Händen der A.- und S.-Räte, bis die Früchte der Revolution gesichert sind; zweitens, alle Banken, Großindustrien und der großagrarische Grundbesitz werden als Nationaleigentum erklärt; drittens, es ist Vorsorge zu treffen, daß alle Regierungsmaßnahmen nur auf die Sozialisierung hinarbeiten und zwar im Einvernehmen mit den A.- und S.-Räten, und daß hierbei die Bourgeoisie vollständig ausgeschaltet wird.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen, auch von den Arbeiterräten, die zu gleichen Teilen aus der Schiedemann- und Haase-Gruppe zusammengesetzt sind und unter denen sich auch Gewerkschaftsführer befanden.

Auch Bremen!

Bremen, 20. November. In der gestrigen Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats gelangte die nachfolgende Anschließung Henke zur Annahme: Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erblickt in der Einberufung der Nationalversammlung nicht eine Befestigung, Vertiefung und Ausbreitung der Revolution, deren Ziel die soziale Republik ist, sondern ein geschäftliches Hindernis für sie. Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erklärt sich deshalb ganz [illegible] versammlung von Vertretern der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte. Von den 153 abgegebenen Stimmen waren 116 für die Resolution, 23 dagegen und 13 ungültig. — In der Sitzung wurde außerdem bekanntgegeben, daß am nächsten Sonntag in Bremen eine Konferenz von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats Nordwest-Deutschlands stattfinden würde mit der Absicht des Zusammenschlusses und der Konstituierung als eigener Verwaltungskörper.

Thisch besteht auf seinem Schein.

Berlin, 20. November. Alle zur Zeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder uns zugelegte Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz aller Vorstellungen und aller bereits gezogen gewesenen Unzuträglichkeiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unseren Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen bekundet worden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger.

Die Opfer des Krieges.

London, 19. November. (Reuter.) Unterhaus. Der Unterstaatssekretär für den Krieg Macpherson sagte, daß bis zum 4. November 1918 die britischen Gesamtverluste an Toten, Verwundeten, Verwundeten und Gefangenen ausschließlich der Luftstreitkräfte, aber mit Einschluß der Dominions und Indiens, 8 049 921 Mann betragen. Macpherson sagte: Die britischen Verluste verteilen sich wie folgt: in Frankreich usw.: 29 769 Offiziere, 626 343 Mann, Gesamtverluste 136 757 Offiziere, 2 894 895 Mann, in Italien 96 Offiziere, 843 Mann, Gesamtverluste 458 Offiziere, 6480 Mann; Dardanellen usw.: 1705 Offiziere, 31 737 Mann, Gesamtverluste 5053 Offiziere, 116 670 Mann; Saloniki usw.: 285 Offiziere, 7330 Mann, Gesamtverluste 1317 Offiziere, 28 101 Mann; Mesopotamien usw.: 1340 Offiziere, 29 769 Mann, Gesamtverluste 4335 Offiziere 98 344 Mann; Aegypten usw.: 1098 Offiziere, 14 794 Mann, Gesamtverluste 3592 Offiziere, 54 261 Mann; Ostafrika usw.: 330 Offiziere, 8724 Mann, Gesamtverluste 896 Offiziere, 16 929 Mann; auf anderen Kriegsschauplätzen usw.: 133 Offiziere, 690 Mann, Gesamtverluste 326 Offiziere, 2971 Mann.

Die Flucht der belgischen Regierung.

Amsterdam, 20. November. Nach hier vorliegenden Berichten beabsichtigen die belgischen Minister morgen nach Brüssel zurückzukehren. Der König wird die Kammer am Freitag eröffnen. Das Ministerium wird unmittelbar darauf seine Entlassung nehmen.

Amsterdam, 20. November. Den hiesigen Blättern zufolge ist das belgische Königspaar gestern in Antwerpen angekommen.

Guilbeaux verhaftet!

Die Basler „National-Zeitung" meldet, daß Guilbeaux verhaftet worden ist. Schon am 8. November hat der schweizerische Bundesrat bekanntlich die Verhaftung Guilbeaux verfügt, wobei ihre jedoch von den Genfer Behörden eine Frist zum Verlassen des Kantons gewährt wurde. Nun ist der unbequeme Gast doch noch festgenommen worden. Die Reaktion wird auch in der [illegible]

Waffenstillstand zwischen Polen und Ukraine.

Krakau, 20. November (Wiener Korr.-Bureau). Sonntag vormittag wurde in Lemberg ein 48stündiger Waffenstillstand geschlossen, der beiderseits mit dreitägiger Frist vor dem Endtermin gekündigt werden kann.

Der Soldatenrat in Litauen für die Nationalversammlung.

Berlin, 20. November. Staatssekretär Scheidemann hat folgendes Telegramm erhalten:

Der allgemeine Soldatenrat für das Gouvernement Litauen erklärt, daß er uneingeschränkt sich auf den Standpunkt der Absetzung jeder wie immer gearteten Diktatur stellt und mit aller Entschiedenheit die konstituierende Nationalversammlung als die verfassunggebende, einzig berechtigte Macht ansieht, die geeignet ist, den wahren Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Allgemeiner Soldatenrat Litauen.
Wetzner. Botto. Beier.

Berlin, 20. November. Bei dem Staatssekretär Scheidemann ist folgendes Telegramm eingetroffen:

Der große Soldatenrat Kowno, Zentralrat der Ostfront, hat in seiner heutigen Delegiertenversammlung einstimmig die folgende Resolution angenommen und bittet Sie, dieselbe unverzüglich der Reichsregierung bekanntzugeben:

Der große Soldatenrat Kowno — Zentralrat der Ostfront — erklärt, daß er uneingeschränkt sich auf den Standpunkt der Absetzung jeder wie immer gearteten Diktatur stellt und mit aller Entschiedenheit die konstituierende Nationalversammlung als die verfassunggebende, einzig berechtigte Macht ansieht, die geeignet ist, [illegible] zugunsten des großen Soldatenrates Kowno, Zentralrat der Ostfront.

Asch, Biod, Hilche, Kraemer, Kutzisch, Schätzler, Steinbömer.

Bestellte Feierlichkeiten.

Berlin, 20. November. Der Reichsleitung ist aus Wilhelmshöhe vom 18. November folgendes Telegramm zugegangen:

Das Feldheer würde es dankbar begrüßen, wenn es beim Einrücken in das westliche Grenzgebiet und später beim Einrücken in die Garnisonen feierlich empfangen würde.

Verordnungen.

Berlin, 20. November. (Amtlich.)

Zum Erlaß über die Entlassung in die Heimat.

Zu den „Leuten in unentbehrlichen Diensten", die auf die Entlassungen warten müssen, bis sie ersetzt sind (Absatz 2 des Erlasses), gehört das gesamte Sanitätspersonal.

Der Kriegsminister: Schüch.
Der Unterstaatssekretär: Göhre.

Berlin, 20. November. (Amtlich.) Von verschiedenen Seiten ist mitgeteilt, daß Angehörige des Pflege-, Wärter- und sonstigen Personals in den Lazaretten ihre Tätigkeit und ihre Posten verlassen haben.

Lazarettzüge haben sich geweigert, in die Etappe auszufahren und sind wohl ihrer Heimat gerollt; andere haben die Ausfahrt von der Genehmigung des zuständigen Soldatenrats abhängig gemacht.

Es liegt auf der Hand, daß durch derartiges Verhalten die Versorgung der Verwundeten und Kranken aufs schwerste bedroht, ja daß das Leben vieler Kameraden gefährdet wird. Insbesondere ist zu bedenken, daß gerade jetzt jede Verzögerung in der Hilfeleistung und Rückbeförderung Verwundeter und Kranker, die dann in Feindeshand fallen, ein schweres Unrecht gegen die leidenden Kameraden ist.

Daß in den Lazaretten — sowohl in der Heimat als auch beim Feldheere — tätige Sanitätspersonal wird daher dringend aufgefordert, seinen bisherigen Dienst weiter zu versehen und den Anordnungen der bisherigen Vorgesetzten im Krankenpflege- und Transportdienst unbedingt Folge zu leisten.

Die Soldatenräte müssen es als ihre Pflicht betrachten, dafür zu sorgen, daß den verwundeten und kranken Kameraden die ihnen nötige Fürsorge zuteil wird.

Der Kriegsminister:
Schüch.
Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium:
Göhre.

Berlin, 20. November. (Amtlich.) Alle in der Heimat an ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubsschein anwesenden Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 sind bis zum 30. November d. J. aus dem Heeresdienst beschäftigt zu entlassen. Sie erwirken sich bei der nächsten militärischen Dienststelle einen Entlassungsschein.

Die gesetzlichen Versorgungs- und Entlassungsansprüche dieser beschäftigt in ihren Urlaubsort Entlassenen werden später durch die Bezirkskommandos und Meldeämter geregelt.

Urlauber, die sich vor dem 30. November bei ihrer Ersatzformation melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsmäßig entlassen.

Urlauber der Jahrgänge 95, 97, 98 und 99 begeben sich zur nächsten Ersatzformation, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können.

Der Kriegsminister: Schüch.
Der Unterstaatssekretär: Göhre.

Das, was ist.

Zwischen der bisherigen politischen Form und dem bisherigen sozialen Inhalt der deutschen Revolution klafft ein Widerspruch, der Lösung heischt und in dessen Lösung sich die weitere Entwicklung der Revolution vollziehen wird. Ihre politische Form ist die einer proletarischen Aktion, ihr sozialer Inhalt der einer bürgerlichen Reform.

Freilich: Ihre politische Form war in erster Reihe eine militärische Aktion, die nur mit manchem Körnlein Salzes proletarisch genannt werden kann; ihre Antriebe waren zum großen Teil nicht proletarische Klassennöte, sondern mehr oder weniger allgemein-gesellschaftliche Gebrechen; der Sieg der Arbeiter- und Soldaten-Massen war nicht so sehr ihrer Stoßkraft zu verdanken, als dem inneren Zusammenbruch des früheren Systems; die politische Form der Revolution war nicht nur proletarische Aktion, sondern auch Flucht der herrschenden Klassen vor der Verantwortung für den Gang der Ereignisse; Flucht der herrschenden Klassen, die mit einem Seufzer der Erleichterung die Liquidation ihres Bankrotts dem Proletariat überließen, und so der sozialen Revolution zu entgehen hoffen, deren Wetterleuchten ihnen den Angstschweiß auf die Stirn treibt.

Die heutige „sozialistische" Regierung möchte jenen Widerspruch lösen, durch Zurückschrauben der proletarischen Form auf den bürgerlichen Inhalt; Aufgabe des sozialistischen Proletariats ist, den rückständigen Inhalt auf die höhere Stufe der fortgeschrittneren Form zu erheben; die Revolution zur sozialen Revolution zu steigern.

Das heutige Proletariat besitzt heute die politische [illegible]

Hält dieser Satz den Tatsachen Stand?

Wohl in allen größeren Städten Deutschlands sind Arbeiter- und Soldatenräte gebildet; daneben aber nicht selten ist oft alles beim Alten geblieben, oder nur dekorativ gewandelt. Zahlreiche „Bauernräte" sind entstanden, sie liegen nirgends in den Händen des ländlichen Proletariats, meistens in denen des mittleren oder großen Grundbesitzes.

Die Arbeiterräte sind keineswegs überall nur dem Proletariat entnommen und dessen eindeutige Vertreter; wir wissen Fälle, in denen die Arbeiter den geschickt sich anbiedernden Unternehmer oder andere feine Bourgeois sich haben aufschwatzen lassen. Häufig sind die gewählten Arbeiter nur sehr unvollkommen aufgeklärt, nur sehr wenig klassenbewußt, oder aber sehr unsicher, unentschlossen, krattlos, so daß sie entweder gar keinen revolutionären Charakter tragen, oder ihre politische Macht gegenüber den Faktoren des alten Regimes nur scheinbar ist. Immer mehr regen sich zudem die Angehörigen aller möglichen bürgerlichen Berufe, um sich als Arbeiterräte, die so zu einem allgemeinen Volks-Parlament mit beruflicher Gliederung nach den Wünschen des Herrn von Heydebrandt zu werden drohen.

Mit den Soldatenräten steht es noch unglücklicher. Sie sind der Ausdruck einer aus allen Klassen der Gesellschaft zusammengesetzten Masse, in der zwar das Proletariat bei weitem überwiegt, aber keineswegs das zielbewußte, klassenkampfbereite Proletariat; sie sind oft gewaltsam von oben herab, durch das Eingreifen der Offiziere, auch hochfeudaler Kreise gebildet, die so in schlauer Anpassung ihren Einfluß auf die Soldaten zu bewahren suchten und sich zu ihren Vertretern haben wählen lassen.

Nimmt man hinzu, daß die sozial minder differenzierten Soldatenräte nach dem ganzen Wesen der Revolution naturgemäß heute noch weit stärkeren Einfluß besitzen als die Arbeiterräte; daß der ganze bürgerliche Staats- und Verwaltungsapparat und auch die militärische Maschinerie von der „sozialistischen Regierung" noch Kräften aufrechterhalten oder wiederhergestellt sind und eine wirksame Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte darüber nur schwer durchführbar ist; daß die gewaltige wirtschaftliche Machtstellung der besitzenden Klassen nicht angetastet ist, und manche ihrer sozialen Machtstellungen, z. B. ihre überlegene formale Bildung, auf absehbare Zeit fast uneinnehmbar sind, daß vor allem der größte Teil der Lebensmittel in den Händen des antiproletarischen, antisozialistischen Grundbesitzes ist, so erkennt man, daß von wirklicher politischer Herrschaft des Proletariats heute nur mit stärkstem Vorbehalten geredet werden kann.

Allerdings, die gegenwärtige Regierung des Sechsmänner-Kabinetts und der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates sind von der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräten gewählt, deren innere Reife heute etwa dem Reichsdurchschnitt entsprechen dürfte; aber das ist nur Fassade. Politische Macht besteht nicht in formalen Aufträgen oder in-

gendwo beschlossenen Vollmachten, sondern in der festen Innehabung so starker realer Machtmittel, daß die Machtstellung vor allen Anschlägen gesichert ist.

Die Zentralen der Staatszentrale waren am 9. November in den Händen der Arbeiter und Soldaten; niemand hätte sie auch hindern können, wichtige wirtschaftliche Machtmittel zu ergreifen.

Statt dessen haben sie sich auch die bereits eroberten politischen Machtmittel seit dem 9. November mehr und mehr wieder entgleiten lassen.

Täuschen wir uns nicht. Auch die politische Macht des Proletariats, soweit sie ihm am 9. zugefallen war, ist heute schon zum großen Teil zerronnen und zerrinnt von Stunde zu Stunde weiter.

Parallel mit diesem Prozeß der Schwächung des Proletariats geht der höchst intensive Prozeß der Sammlung aller Todfeinde des Proletariats. Auf dem Lande wie in den Städten organisiert sich die Gegenrevolution mit immer offenerem Zynismus. Aus Schleswig-Holstein und anderen Provinzen hören wir, wie sich Landräte, Amts- und Ortsvorsteher, Gendarmen, Kommunalbeamte, Lehrer, Amtsräte, Fabrikanten, Bauern und alle wohlhabenden Schichten zu einem täglich festeren und umfassenderen Block zusammenschließen, dessen Gefährlichkeit um so größer ist, je mehr das Landproletariat seinen Einflüssen überlassen und zugänglich ist.

Ein Ausräumungskrieg und — wenn es drauf ankommt — eine Bande gegen die proletarischen Zentren der Revolution ist in deutlicher Vorbereitung.

Die Gefahr wächst reißend. Es ist keine Zeit zu verlieren, soll das Proletariat nicht in wenigen Wochen vor einem Trümmerhaufen seiner Hoffnungen stehen.

Die arbeitenden Massen müssen dem Prozeß ihrer weiteren Schwächung sofort Halt gebieten; sie müssen der Regierung, die diesen Prozeß fördert, sofort in den Arm fallen: bis hierher und nicht weiter!

Sie müssen das Eroberte fest in den Fäusten halten; sie müssen zur Eroberung der übrigen Machtpositionen schreiten, um die herrschenden Klassen endgültig niederzuzwingen und die Herrschaft des Proletariats zur Wahrheit und Wirklichkeit von Fleisch und Bein gestalten.

Zaudern heißt, das noch zu Gewinnende mitsamt dem bisher Gewonnenen verlieren. Zaudern zögert den Tod hervor — den Tod der Revolution. Die Gefahr ist riesengroß und dringend.

Karl Liebknecht.

Das Begräbnis der Revolutionsopfer

erfolgte am gestrigen Freitage unter einer imposanten Beteiligung der Berliner Arbeitermassen. Bereits drei Stunden bevorher der Vormarsch des Trauerzuges, in dem eine riesige Zahl von Kränzen getragen wurde. Die Feier begann um 11 Uhr auf dem Tempelhofer Felde, wo eine rote, monumental wirkende Tribüne errichtet war. Auf dieser waren die Särge mit den Revolutionsopfern aufgebahrt, die an Friedrichshain, dem Kirchhof der gefallenen Kämpfer der Märzrevolution von 1848, bestattet werden sollten. Von einer Kanzel der Tribüne sprachen Müller und Meusebach vom Vollzugsrat, Haase als Regierungsvertreter, Hirsch für die preußische Regierung und Rosenfeld für die Stadt Berlin. Die Reden waren trotz aller erschütternden Vorbereitungen matt und entsprachen durchaus nicht dem Geiste, von dem die Kämpfer des 9. November erfüllt waren. Es waren die üblichen Trauerreden der vorrevolutionären Zeit. Geradezu als eine Entheiligung der Revolution wirkten die Schwüre und Beteuerungen an die Revolutionsopfer, in ihrem Sinne weiterzuarbeiten, die dort von einem Redner abgegeben wurden, der vor der Revolution Alles getan hat, ihren Ausbruch zu hindern. Fest, wie die Worte aus dem Munde der Redner kamen, so hohlen sie auch die Zuhörer; nicht eine Spur revolutionärer Begeisterung vermochten sie zu wecken. Ein bedeutsames Zeichen für den Geist, der die Setzer der revolutionären Regierung erfüllt, war die Weigerung, den Genossen Liebknecht an der Bahre der gefallenen Helden sprechen zu lassen. Das Programm für die Reden war einmal von den „zuständigen Instanzen" festgesetzt und diesen lag offenbar nicht daran, Liebknecht reden zu lassen. Um 12 Uhr setzte sich der gewaltige Trauerzug in Bewegung, dessen Spitze um 3½ Uhr im Friedrichshain ankam. In einem gemeinsamen Grabe wurden die Opfer der Revolution unter den Trauerweisen einer Musikkapelle und des Arbeitergesangvereins beigesetzt. Barth hielt die Grabrede, aber auch er vermochte sich nicht zu einer innern Beziehung zu dem Ernst und der Bedeutung des Augenblicks zu setzen. Am offenen Grabe der Opfer polemisierte er gegen die Diktatur des Proletariats. Im Gegensatz zu den offiziellen Reden standen die programmmäßigen Ansprachen, die Genossin Zietz und Genosse Liebknecht am Grabe hielten. Sie allein vermochten den Geist des 9. November, an der Bahre seiner gefallenen Helden zu rufen und den Jahrern mitzuteilen. Ihn verkörpert, im Sinne der Gefallenen für die proletarische Republik und die Vernichtung des Sozialismus weiterzuarbeiten, klang echt und packte tatsächlich die Arbeiter und Soldaten. So klang die Feier in die Worte Liebknechts aus: „Gründet fest die Herrschaft der Arbeiterklasse! Seid entschlossen gegen jeden, der sich ihr widersetzt! Auf zur proletarischen, zur sozialistischen Revolution!"

Sie drohen schon!

Die schlauen Pläne der Haase und Genossen, die Bourgeoisie in der Nationalversammlung durch Mehrheitsbeschluß zu entwaffnen und den Sozialismus glatt und reibungslos einzuschmuggeln, erweisen sich als Kinderei, ehe sie noch Gestalt angenommen haben.

Auf die erste Ankündigung hin, daß die Arbeiter- und Soldatenregierung eine Kommission einberufen wolle, um einige einzelnde Sozialisierungsmaßnahmen vorzubereiten, antwortet das Organ der Ebelbier, die „Deutsche Tageszeitung" mit der folgenden geharnischten Erklärung:

> Trifft diese sehr bestimmt gehaltene Meldung zu, dann hat das Vorsprechen, das der Volksbeauftragte Dr. Landsberg am Sonnabend gegenüber der Presse abgab, die Regierung mache während des Provisoriums bis zur Aufrichtung der endgültigen Neuordnung durch die Nationalversammlung keine wirtschaftlichen Experimente, knappe achtundvierzig Stunden vorgehalten. Dann werden in dieser Uebergangszeit Experimente bedenklichster Art gemacht. Dann sind Beunruhigungen und Störungen unseres Wirtschaftslebens beschlossen; und dann können auch die Folgen nicht ausbleiben. Dann muß eine panikartige Unruhe alle Zweige unserer bürgerlichen Wirtschaft ergreifen, die Desorganisation der Arbeit, Stockungen im Wirtschaftsverkehr, Elend und Hunger in ihrem Gefolge haben muß. Wir warnen die Regierung, die sich noch am Sonnabend über diese Folgen selber klar war, nochmals aufs dringendste vor einem Weiterschreiten auf diesem Wege, der zum Verderben führen müßte. Wir warnen sie auf das ernstlichste, Deutschland noch dem Wort des doch hinsichtlich seiner sozialistischen Ueberzeugung gewiß völlig unverdächtigen Genossen Kautsky durch sozialistische Experimente in der gegenwärtigen Zeit der Demobilisation „in ein Tollhaus zu verwandeln". Das gesamte deutsche Bürgertum aber muß endlich geschlossen und mit aller Kraft gegen eine Politik Front machen, die seiner Mitarbeit am gegenwärtigen Regime die gegebene Grundlage schließlich entziehen müßte, die zugleich aber auch die weitere Hinausschiebung einer gesetzlichen Neuordnung durch die Nationalversammlung bedeuten.

Hier ist alles prächtig! Der Dr. Landsberg, der der bürgerlichen Presse im Namen der Regierung „versprochen" hat, bis zur Einberufung der Nationalversammlung nicht mit dem kleinen Finger an der kapitalistischen Ausbeutung zu tippen, der „Genosse Kautsky", der als Kronzeuge und Schutzheiliger der bedrohten Junker und Agrarier zitiert wird, vor allem aber die unausgesetzte Drohung mit „Desorganisation, Stockung, Elend und Hunger", alle mit der Sabotage auf der ganzen Linie mit der Ausräumung des Volkes, wenn nur am kapitalistischen Lohnsystem gerüttelt werde.

„Das gesamte deutsche Bürgertum muß geschlossen und mit aller Kraft" gegen jeden solchen Versuch „Front machen". Das ist eine deutliche Sprache. Was sollen die frechen Prediger der parlamentarischen Ueberredungskünste und der friedlichen „Demokratie" im bürgerlichen Sinne dann? Wenn schon jetzt, bei der ersten ganz allgemein gehaltenen Erwähnung einiger bescheidener Sozialisierungsmaßnahmen, die Herrschaften mit „Ar und Halm" und mit Gesindel die geballte Faust als Drohung gegen die Arbeiter- und Soldatenregierung schwingen, wie wird's erst werden, wenn es aufs Ganze geht!

Das niedliche Plänchen der Haase—Kautsky wird ja auf diese Weise schon jetzt durchkreuzt, schon heute durch die herrschenden Klassen sabotiert. Als sein wesentlicher Punkt war ja gedacht, daß die Nationalversammlung nicht ohne Weiteres und überstürzt einberufen, sondern durch eine Reihe energischer Maßnahmen der provisorischen Regierung vorbereitet werden sollte. Im Grunde genommen läuft die Taktik also auf Folgendes hinaus: erst eine kurze Diktatur des Proletariats, dann die Nationalversammlung und Mehrheitsvotum, dann Einführung des Sozialismus durch Parlamentsbeschluß. Dieser verworrene und zweideutige Plan schließt also auch die Anwendung der Diktatur ein.

Ja, die Unabhängigen fühlen offenbar selbst, daß die Nationalversammlung ohne vorherige Diktatur im sozialistischen Sinne ganz und gar auf eine glatte Auslieferung der Revolution an die herrschenden Klassen hinauslaufe. Deshalb wehren sie sich auch so verzweifelt gegen die Absicht der Scheidemänner, die Nationalversammlung sofort und ohne Weiteres einzuberufen.

Haase mit Genossen wollen also auch die Diktatur des Proletariats, sie bekennen also auch, daß die Diktatur unumgänglich ist, wenn am Sozialismus nicht plötzlich Verrat geübt werden soll. Nur wollen sie, als Schlaumeier, die Pferde hinter den Wagen spannen. Sie wollen erst eine Diktatur und ein bißchen Sozialismus, dann Niederlegung der Macht durch das Proletariat und Uebertragung des Hauptwerkes der Sozialisierung an den Parlamentarismus.

Nun zeigt sich aber, wie nicht anders zu erwarten war, daß schon die erste Ankündigung der allerersten Maßnahmen im Sinne der sozialistischen Diktatur die bedrohte Bourgeoisie auf die Beine bringt und zur schärfsten Widerstandsansage treibt. Die Bourgeoisie besteht auf ihrem Schein: Nationalversammlung! Die Losung der Nationalversammlung wird so, kaum, daß sie den Lippen der Haase—Kautsky entflohen, gegen ihre sozialistische Absichten, gegen sie selbst als Waffe benutzt.

Die geriebenen Sachwalter der herrschenden Klassen haben stets und in allen Lagen bewiesen, was den unterdrückten Klassen leider so oft fehlt: den untrüglichen Instinkt für ihre eigenen Klasseninteressen. Wenn die Bürgerlichen so nachdrücklich und stürmisch die Nationalversammlung als Schutzwall gegen den Sozialismus fordern, ist das nicht eine schlagende Bestätigung, daß die Nationalversammlung als Organ der geplanten „parlamentarischen Sozialisierung" ein Schwert aus Pappe ist?

Die unabhängigen Anhänger dieser Losung wollen eben die Bourgeoisie überlisten. Sie wollen sie in's Garn eines Parlamentsbeschlusses fangen und glauben so auf schmerzlose Weise ihren Widerstand gegen den Sozialismus überwinden zu können. Es hat aber schon Manchem den Hals gekostet, in großen Dingen schlau zu sein. Im Garn der Nationalversammlung würde nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat gefangen sein.

Militärische Schutzhaft.

Eine Gefängnisbeichte von Franz Mehring.

Vorwort.

Weshalb ich diese Schrift verfaßt habe und weshalb ich sie veröffentliche, geht aus der folgenden Darstellung hervor. Hier nur ein paar einleitende Feingerzeige.

Zunächst verwahre ich mich dagegen, als ob ich mich irgendwie als Märtyrer der militärischen Schutzhaft aufspielen wolle. Ich wäre ein schlechter Sozialdemokrat, wenn ich groß darüber greinte, daß ich ein paar Monate hinter Schloß und Riegel habe sitzen müssen, ohne daß mir irgend ein Vorfluß, auch nur gegen die Kautschukparagraphen des deutschen Strafgesetzbuches nachgewiesen worden wäre. Bei aller Anerkennung der guten Absicht habe ich es aber peinlich empfunden, daß mein Fall — denn dem Umstande, daß ich bereits das siebenzigste Lebensjahr zurückgelegt habe und an mancherlei Altersbeschwerden leide — häufiger und nachdrücklicher im Reichstage erwähnt worden ist, als andere Fälle, die viel schlimmer lagen.

Meine wirtschaftliche Existenz wurde durch die militärische Schutzhaft zwar auch schwer geschädigt, aber doch nicht in Grund und Boden gerissen. Ich konnte mir den einfachen Trost für derlei Häuslichkeiten, an den ich gewöhnt bin, in den Kleider schütteln lassen und brauchte nicht den nagenden Hunger zu spüren, der bei der quantitativ, noch mehr als qualitativ unzulänglichen Gefängniskost täglich in den Eingeweiden der proletarischen Genossen wühlte, die mein Schicksal teilten, und binnen weniger Wochen aus dem kräftigen Körper eine bleiche Schemengestalt machte. Ich brauche nicht die noch viel fürchterlichere Qual zu erwähnen, womit die Sorge um die hungernde Familie den eigenen Hunger ins völlig Unerträgliche steigerte. Endlich brauche ich mir nicht das Herz darüber zu zerfasern, welcher feigen Denunziation oder welcher polizeilichen Marotte ich die Haft verdankte. Darüber war ich, wenigstens nach den ersten drei Wochen, unterrichtet, und wenn ich schuldlos war vor meinem sittlichen Gewissen und den Gesetzen des Staates oder, wie die Dichter zu sagen pflegen, vor Gott und den Menschen, so war ich doch noch schuldlos genug anderen Volksgenossen Recht bei, daß eine Dummheit strafbarer sein kann als ein Verbrechen.

Hätte ich behauptet, das Generalkommando in den Marken würde seine gesetzlich ohnehin anfechtbare Befugnisse so weit ausdehnen, den Paragraphen der Reichsverfassung, der das Briefgeheimnis verbürgt, unter seine Füße zu treten, so würde ich mit dieser Behauptung ungweifelhaft gegen die Beleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuches verstoßen haben. Das habe ich nun gewiß nicht getan, vielmehr bei aller Skepsis gegen den Gerechtigkeitssinn der militärischen Machthaber, bei allem Unglauben daran, daß das Generalkommando in den Marken werde in seinem gesetzlichen Tun die Reichsverfassung achten, allein dieser gute Glaube war eben eine jener Dummheiten, auf die Talleyrands Wort vollkommen zutrifft.

Wenn ich also weit entfernt bin von einer weinerlichen Darstellung dessen, was ich in der militärischen Schutzhaft erlebt habe, so kann ich mich deshalb doch nicht zu dem humoristischen Ton bekennen, den meine pommerschen Landsleute Fritz Reuter und Arnold Ruge in ihren Erinnerungen aus preußischer Festungshaft angeschlagen haben. Beide waren Philister geworden, als sie schrieben, und von diesem härtesten Attentaten hat mich ein gütiges Schicksal bewahrt. Eben das Philisterthum traf Franz Ziegler mit dem scharfen aber treffenden Worte, Reuter sei ein echter Deutscher, daß er über die infamste Rechtsverhöhnung noch scherzen könne.

Viel günstiger, und zwar mit Recht, urteilte Ferdinand Freiligrath über Ruges Erinnerungen aus Köpenick und Aolberg. Er meinte, Ruge habe sich seinen Humor nicht rauben lassen und bedauch bewiesen, daß ihn die Schufte nicht unterkriegt hätten. Sicherlich darf man sich nicht von Schuften unterkriegen lassen, und seinen Humor muß man behalten, aber bei Ruge fehlt ebenfalls der deutsche Hintergrund und der „infamsten Rechtsverhöhnung" hat auch er keineswegs ihr gebührendes Recht widerfahren lassen.

Das Jahr, dem ich bei Abfassung dieses Lückleins nachrechnete — ob ich es nun erreicht habe oder nicht — war vielleicht sonderbarer Humor, so wenig man für seine Person von der Höhe moderner Gesittung auf barbarische Zustände herabblicken darf, aber grimmiger Haß und Hohn, so weit mag seine Menschen unter solchen Zuständen leiden sehn.

I.

Der geflohene Brief.

Am 15. August 1915 wurde ich morgens 6 Uhr in meiner Berliner Wohnung auf Befehl des Oberkommandos in den Marken verhaftet, nach einer erfolgten Haussuchung, die drei Polizisten vornahmen. Ein schriftlicher Verhaftsbefehl wurde mir nicht vorgezeigt, ebensowenig ein Grund der Verhaftung angegeben, auch wurde mir nicht gestattet, irgend welche häuslichen oder geschäftlichen Verfügungen für die Zeit meiner Abwesenheit zu treffen.

Ich will den Leser jedoch nicht so lange in der Spannung über den Grund meiner Verhaftung erhalten, in der ich auch drei Wochen lang befand. Das Urteil des Kriegsgerichts, das den Genossen Karl Liebknecht wegen versuchten Landesverrats zu dreifach Jahren Zuchthaus verurteilte, hatte in den deutschen und namentlich in den Berliner Arbeiterkreisen eine ebenso bewegte wie gewaltige Erregung hervorgerufen, die sich in einer Reihe von Demonstrationsstreiks entlud; in Berlin allein beteiligten sich 55 000 Arbeiter daran.

Diese Erregung erweckte vom neuen, als bekannt wurde, daß der Gerichtsherr gegen das Urteil des Kriegsgerichts Berufung an das Oberkriegsgericht eingelegt habe, weil die erste Instanz nur auf das niedrigste, gesetzlich zulässige Strafmaß für das angebliche Verbrechen Liebknechts erkannt und die Reinheit der Beweggründe bewiesen hatte, durch die Liebknechts Handlungsweise veranlaßt worden war. So bildete sich ein Komitee von Arbeitern, das über einen Protest gegen die drohende Verschärfung des über Liebknecht gefällten Urteils beraten wollte und den Wunsch aussprach, sich darüber mit von beiden Richtungen der sozialdemokratischen Opposition — der Spartakusgruppe und der damals so genannten Arbeitsgemeinschaft — zu verständigen.

Die Absicht des Arbeiterkomitees war uns sehr sympathisch und sein Wunsch erschien uns sehr berechtigt. Ich wurde von der Spartakusgruppe beauftragt, mit der Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln, und teilte deshalb am 13. August dem Genossen Herzfeld den Wunsch des Komitees mit, worauf ich den Vorschlag einer Zusammenkunft für den Abend des 15. oder 16. August knüpfte, in der je zwei Mitgliedern vom Arbeiterkomitee sowie von Herzfeld und von meinen politischen Freunden über eine „einzige Kundgebung" gegen die Verhandlung zweiter Instanz in Sachen Liebknechts beraten sollten. Ich erbat mich, da die Zeit drängte — der Termin der Verhandlung war auf den 20. August festgesetzt —, den Entwurf eines Flugblattes mitzubringen und bemerkte noch — aus Rücksicht auf gewisse Eifersüchteleien, die ich nicht bei dem Genossen Herzfeld, aber bei manchem seiner Freunde voraussetzen einigen Anlaß hatte — man werde in meinem Anerbieten hoffentlich keine Aufdringlichkeit er-